

Ausschuss für Gemeindeentwicklung, Öffentlichkeitsarbeit und Mitgliederorientierung  
(AGÖM)

Bericht zur Herbsttagung der Kirchensynode 2017

Der AGÖM hat sich zwischen den beiden Herbsttagungen der Kirchensynode 2016-2017 zu zwölf Sitzungen getroffen und dabei schwerpunktmäßig folgende Themen behandelt:

Freigabe von Mitteln für eine **EKD-Kirchen-App**. Trotz diverser inhaltlicher Bedenken hat der AGÖM aus übergeordneten Interessen zugestimmt. Obwohl hier alle Kirchengemeinden einbezogen werden sollen, haben wir seit Dezember 2016 hierzu allerdings nichts mehr gehört.

**Doppik:** In einem ausführlichen Gespräch wurden zu Beginn des Jahres der Stand der Dinge und weitere Probleme mit diversen Beteiligten besprochen. Der Ausschuss sieht unverändert die enorme Herausforderung für die Kirchengemeinden und erwartet, dass bisherige Schwierigkeiten im Vorfeld der kommenden Rollouts vollständig ausgeräumt werden. Sich ergebende zusätzliche Kosten für die Gemeindesekretariate müssen in angemessenem Umfang von der Landeskirche erstattet werden.

Bei erneuten Problemen der nächsten "Roll-outs" sollten Ausstiegsszenarien eingefordert werden. Es bleibt ebenso offen, ob das doppelte System für die spezifischen Anforderungen von Kirche und Gemeinde wirklich sinnvoll ist. Nachhaltige Konzepte für Gebäudefinanzen hängen nicht an der Doppik.

**Öffentlichkeitsarbeit:** Der Ausschuss nimmt die Weiterentwicklung der EKHN-Öffentlichkeitsarbeit mit Interesse und Zustimmung zur Kenntnis, dies gilt insbesondere für den Ausbau der digitalen Arbeit insbesondere durch das Medienhaus. Er begrüßt das aktuelle Interesse des HR an einem Ausbau der kirchlichen Arbeit in den Sendern des HR. Hier und in anderen Bereichen (z.B. social media) gibt es ständig neue Aufgabenfelder, die in einer zeitgemäßen Öffentlichkeitsarbeit aufgegriffen werden müssen, ohne dass aber bisherige Formen obsolet werden würden. Öffentlichkeitsarbeit muss auf allen Ebenen unserer Kirche immer breiter aufgestellt sein.

**Kita-Arbeit:** In mehreren Sitzungen hat sich der Ausschuss mit der Kita-Arbeit befasst. Da dies schwerpunktmäßig bereits in einem Ausschuss-Zwischenbericht zur Frühjahrstagung der Synode weitergegeben wurde, hier nur Ergänzungen dazu.

Der Ausschuss begrüßt die verstärkten Bemühungen um Qualität im religionspädagogischen Bereich und für ein erkennbares christliches Profil der EKHN-Kita-Arbeit. Auch zusätzliche Projektanschubmittel sind denkbar. Die inhaltlichen Fragen des Ausschusses wurden beantwortet und sollen im Projektverlauf im Blick bleiben.

Erst durch den AGÖM bewusst wurden erhebliche Probleme der Kita-Trägergemeinden mit kircheneigenen Kita-Gebäuden im Bereich der Großen Bauunterhaltung. Hier gibt es seit inzwischen zwölf Jahren für die Kirchengemeinden in der Regel keine Möglichkeit mehr, zweckgebundene Rücklagen für die erforderliche Eigenbeteiligung aufzubauen. Kirchengemeinden mit kircheneigenem Kita-Gebäude sind so strukturell auf Dauer er-

heblich benachteiligt. Ende Sept. 2017 fand hierzu ein umfassendes Gespräch im Ausschuss statt, das jedoch keine Lösung brachte. Weitere Klärungen waren und sind erforderlich, da auch die Umstellung auf Doppik oder Gemeindeübergreifende Trägerschaften das Problem nicht lösen werden. Die Jugenddelegierte Menzel hat die Kernfrage im Sinne des Ausschusses formuliert: „Sollen sich die Kirchengemeinden die Frage stellen, ob sie sich eine Kita finanziell leisten können oder die Gesamtkirche?“ [s. auch die Anlage zu diesem Bericht]

**Kooperation:** Sowohl bei der Themenvsitation „Ländlicher Raum“ als auch bei der Pfarrstellenbemessung und beim Thema „neue Formen von Kooperation“ sieht der AGÖM das Stichwort „Kooperation“ als derzeitiges EKHN-Querschnittsthema. Für die Entwicklung der Arbeit vor Ort ist hier „Kooperation“ vielfältig zu denken: Kooperation zwischen Kirchengemeinden, mit lokalen nicht kirchlichen Trägern / Schulen / Vereinen / Kommunen, in überprofessionellen Teams in der Gemeinde, zwischen Haupt- und Ehrenamtlichen. Der Grundgedanke des vernetzten Arbeitens in Teams und über die Gemeinde hinaus muss vielfältig weiter bedacht werden.

**Pfarrstellenbemessung:** Der AGÖM stimmt der Kirchenleitungsvorlage weitestgehend zu und begrüßt, dass vielfältige Stellschrauben genutzt werden sollen, um Vakanzen vor Ort zu vermeiden. Er mahnt zugleich an, das Thema „Entwicklung des Theologiestudiums“ zusammen mit den Fakultäten und auf EKD-Ebene intensiver zu bearbeiten.

**IT-Verordnung** (zustimmungspflichtig durch den KSV und dem AGÖM vorgelegt): Der AGÖM lehnt die Kirchenleitungsvorlage als vor Ort undurchführbar ab.

**Kollekten-Verordnung** (zustimmungspflichtig durch den KSV und dem AGÖM vorgelegt): Der AGÖM lehnt die Ausführungsbestimmungen zum im Frühjahr verabschiedeten Kollektengesetz in der vorgelegten Form ab. Er begrüßt die Möglichkeit der Übergabe der Kollektenkasse an die Regionalverwaltung. Aber eine Pflichtübertragung wird aus vielfältigen grundsätzlichen und praktischen Gesichtspunkten abgelehnt. Der Ausschuss fordert zugleich dazu auf, für die Kollektenrechner vermehrt Aus- und Weiterbildungsangebote zu schaffen und eine gute, einfach zu handhabende Software zur Verfügung zu stellen.

**Evaluation der Kirchenvorstandswahlen von 2015:** Das Verfahren muss für Kirchengemeinden einfacher werden. Der April-Termin 2021 ist ungünstig, weil im Mai der Ökumenische Kirchentag in Frankfurt am Main folgt. Die vorläufigen Ergebnisse der eingesetzten Arbeitsgruppe erscheinen in mehrfacher Hinsicht nicht überzeugend, da sie die Bedenken nach der letzten Wahl kaum aufnehmen und keine wirklichen Alternativen bieten. Auch die schlechte demokratische Legitimation wird durch die Beibehaltung des Status Quo nicht verbessert.

Der Ausschuss wünschte sich weitergehende Ergebnisse von der Arbeitsgruppe und am besten echte Alternativszenarien für die anstehende synodale Diskussion.

## Anlage

### Einige ergänzende Ausführungen zum Bericht der Kirchenleitung über die Behandlung synodaler Anträge (Drucksache Nr. 55/17) zum Beschluss 18: Antrag des Dekanats Wetterau zu Baumaßnahmen an kircheneigenen Gebäuden (Drucksache Nr. 25/17):

Die Kirchenleitung argumentiert, dass...

1) ... es „angemessen“ sei, dass sich „die Kirchengemeinden in der EKHN am kirchlichen Anteil der Großen Bauunterhaltung beteiligen“. Wir fragen: Mit welchen Mitteln? Sollen hier die Baumittel von Kirche und Gemeindezentrum genutzt werden? Was bedeutet dies für die Gemeindegemeinschaft und die bauliche Zukunft *dieser* Gebäude?

2) ... „die Einbindung von Gemeindegliedern und Eltern sowie auch ... Fundraising-Aktivitäten“ für den Eigenanteil genutzt werden könnten und sollten. Wir möchten gerne deutlich machen, dass wir hier nicht über ein Klettergerüst im Außengelände sprechen. Es ist zutreffend, dass für *solche* Maßnahmen Spenden eingeworben werden können und wir wissen, dass dies vielfach geschieht. Wir reden hier über außerordentliche Maßnahmen der Großen Bauunterhaltung: eine Heizungserneuerung, eine umfassende Dachreparatur, die Anpassung der Gebäudeelektrik, den Austausch der Fenster und ähnliches bis hin zu einer Komplettsanierung eines Kita-Gebäudes nach Jahren des Aufschiebens dieser Maßnahmen. Die hier benötigten Eigenmittel mit z.T. 50.000-100.000 € übersteigen alle Fundraisingmöglichkeiten bei Weitem - und dies wäre/ist Eltern und Gemeinde auch nicht vermittelbar. Zudem verschlechtert es die Marktstellung der evangelischen Kitas nachhaltig und schädigt den Ruf von Kirche: Eltern erwarten, dass diese gebäude- und betriebserhaltenden Maßnahmen – wie bei den Kommunen – vom Träger der Einrichtung übernommen werden. Dazu aber muss die Gesamtkirche die Gemeinden in die Lage versetzen.

3) ... ggf. „Härte- und Überbrückungsfonds“ beantragt werden könnten. Dies wurde im Gespräch im AGÖM am 25.9. von Herrn OKR Hinte zurückgenommen und so von Herrn Ehrmann (Vorsitzender) bestätigt. Zugleich wurde aber benannt, dass Einzelfälle „unter Berücksichtigung der finanziellen Gesamtsituation der Gemeinde“ (OKR Hinte) sich zwecks möglicher Unterstützung an die Kirchenverwaltung wenden könnten. – Der AGÖM sieht das beschriebene strukturelle Problem damit nicht aufgenommen und sieht zudem mögliche Umwidmungen gemeindlicher Rücklagen zugunsten von Kita-Bausanierungen äußerst kritisch, da angesichts der fraglichen Mittel die Gemeindegemeinschaft in anderen Bereichen darunter erheblich leiden muss. Dies kann nicht im Interesse von Kirche und Gemeinde sein – und es betrifft wie beschrieben nur eine Gruppe von Kirchengemeinden, die damit auf Dauer strukturell schlechter gestellt wird.

Im Gespräch zur Antwort der Kirchenleitung im Ausschuss am 25.9. wurden weitere Bereiche angesprochen:

4) Die Problematik der Baurücklagen betreffe nicht nur die Kitagebäude. Dies werde aktuell im Kontext der Doppik-Umstellung deutlich. Wenn dies so ist, dann verschärft es die beschriebene Situation für die Kirchengemeinden mit kircheneigenen Kitagebäuden zusätzlich und eine strukturelle Lösung ist erst recht angezeigt.

5) Mit den Kommunen könnten spätestens mit der Umstellung auf Doppik Verhandlungen geführt werden, dass die gesamte Bauunterhaltung im Rahmen der SERL mit 85% mitfinanziert wird. Dies wäre für die Kirchengemeinden eine akzeptable Lösung. Wir können aber nicht erkennen, dass sich die Kommunen darauf einlassen werden; ihre Mitfinanzierung steigt hierbei von 50% auf 85%. Es gibt die offensichtlich begründete Einschätzung, dass damit ein Bogen kirchlicher Erwartungshaltungen überspannt werden würde. Die Skepsis wurde von Vertretern der Landeskirche im Gespräch geteilt.

6) Auch bei den Gemeindeübergreifenden Trägerschaften (GÜT) sollen die Kirchengemeinden in der Verantwortung für die Mitfinanzierung bei der Großen Bauunterhaltung bleiben. Dies erscheint auch rechtlich fragwürdig, da die Kirchenvorstände die Trägerschaft und die Verantwortung / Mitentscheidung für die Kita abgeben. Und: Was geschieht bei einer Übergabe mit möglichen kitabezogenen Rücklagen bzw. Schulden?

7) Im Ausschussgespräch wurde deutlich, dass es keinen gesamtkirchlichen Überblick über die tatsächliche Problematik vor Ort gibt. Zugleich wurde eine Abfragung nach Schulden bzw. Rücklagen für Kita-Gebäude als nicht zielführend angesehen. Warum nicht? Wie könnte anders ein Überblick gewonnen werden?